

„Wir fordern einen pädagogischen Dialog statt organisatorische Verordnungen“ GEW Hamburg kritisiert Schulentwicklungsplan-Entwurf

Die Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB) in Hamburg hat im Mai 2019 einen Entwurf zum „Schulentwicklungsplan für die staatlichen Grundschulen, Stadtteilschulen und Gymnasien in Hamburg“ vorgelegt, mit dem sie auf den bis 2030 prognostizierten Anstieg von 25 % an Schüler*innen in den allgemeinbildenden Schulen reagiert.

Die GEW begrüßt zwar, dass sich die BSB langfristig mit der Entwicklung der Hamburger Schulen befasst, hat aber zum vorliegenden Entwurf eine Reihe von Kritikpunkten und kritischen Fragen, die sie in ihrer Stellungnahme darlegt.

Neben dem hohen Zeitdruck unter den die BSB die Diskussion und Verabschiedung des Schulentwicklungsplans stellt, kritisiert sie auch, dass die Regionalen Bildungskonferenzen nicht an dem Verfahren beteiligt wurden. „Dieser Entwurf ist ein Schnellschuss der an vielen Stellen erkennen lässt, dass es sich um eine bloße organisatorische Planung handelt, der die steigende Anzahl von Schüler*innen unterbringen will. Eine sehr viel stärker notwendige pädagogische Schulentwicklung bleibt auf der Strecke!“, stellt **Anja Bensinger-Stolze**, Vorsitzende der GEW, fest. „Die Schulen werden vielerorts zu Riesensystemen, in denen die bisher erfolgreichen Schulkonzepte nicht mehr umgesetzt werden können und in denen eine inklusive Schule noch schwerer umzusetzen ist. Die größte pädagogische Herausforderung der letzten 10 Jahre an den Hamburger Schulen, die inklusive Schule, kommt im vorliegenden Entwurf gar nicht vor!“ kritisiert **Anja Bensinger-Stolze**.

In der GEW Diskussion zu den neuen Campusstadtteilschulen wurde deutlich: „Die theoretisch möglichen positiven Aspekte von Campusschulen werden durch die fehlenden Vorgaben für ein längeres gemeinsames Lernen und für hohe Durchlässigkeit in allen Jahrgängen von vornherein zu Nichte gemacht. So ist die Campusschule einerseits eine bequeme Lösung, um die steigende Zahl der Schulformwechsel nach Klasse 6 möglichst geräuschlos zu bewältigen und sie ist eine billige Lösung, weil für zwei Schulformen unter einem Dach nur eine Schulleitung zuständig ist. Verbunden mit der gewollten Konzeptlosigkeit drohen die Campusschulen zu einem architektur gewordenen Verzicht auf aktive Bildungspolitik zu werden“, so **Bensinger-Stolze**.

Die GEW macht deutlich, dass ähnlich wie beim ‚Schulfrieden‘ dieser Entwurf eines Schulentwicklungsplans einen Dialog, eine Diskussion innerhalb der Stadt und mit den Schulgemeinschaften um die beste pädagogische Weiterentwicklung der Schulen in Hamburg verhindert werden soll. „Wir fordern einen pädagogischen Dialog statt organisatorische Verordnungen“, fasst **Anja Bensinger-Stolze** die Diskussion in der GEW zusammen.

Terminhinweis: Der Schulausschuss der Bürgerschaft hat zum Entwurf des Schulentwicklungsplans eine öffentliche Anhörung beschlossen. Sie findet statt am Mittwoch, den 18.9. um 17.00 Uhr in der Patriotischen Gesellschaft, Reimarus-Saal.